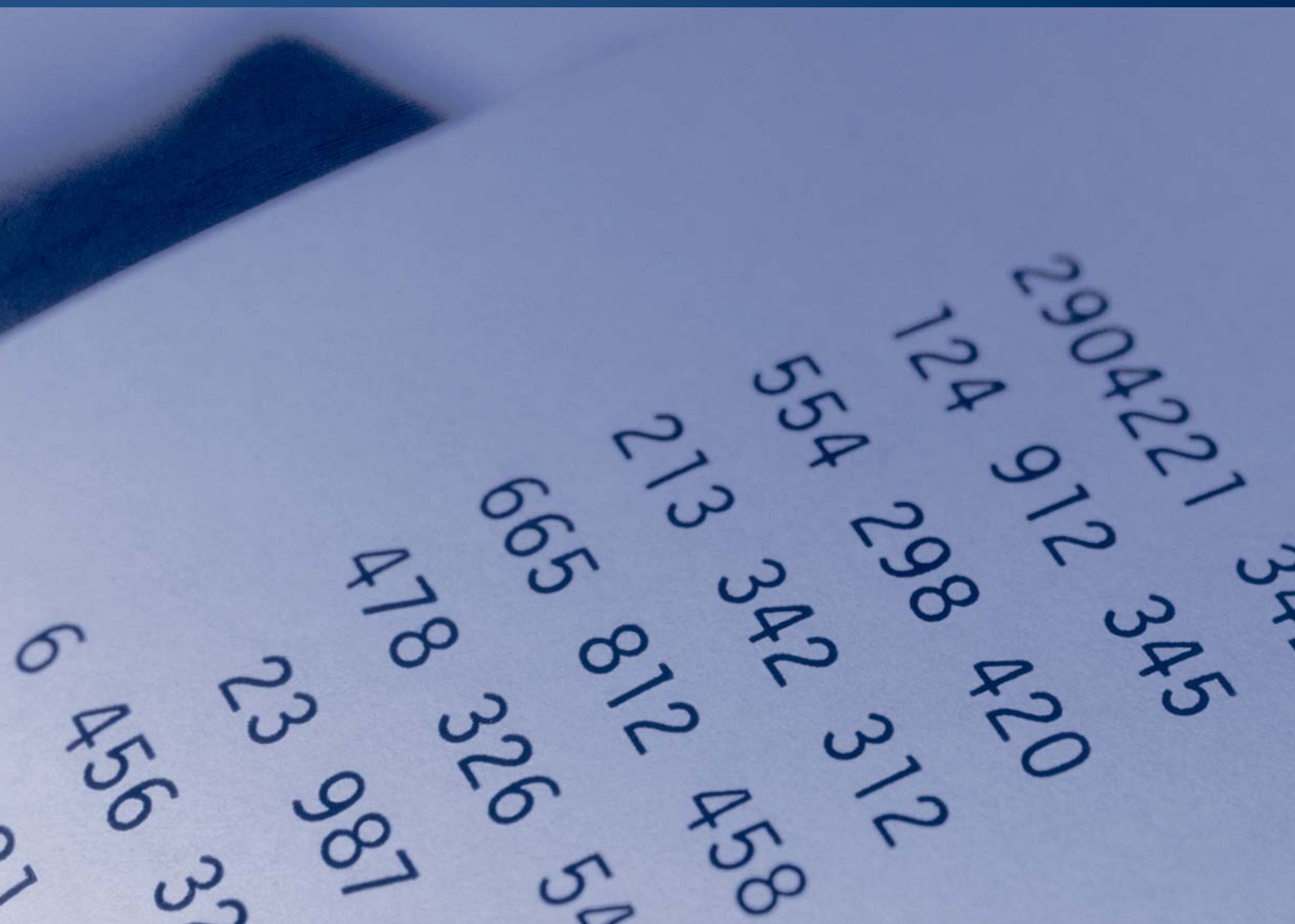


Finanzbericht 2005–2006 der Schatzmeisterin



Parteitag Hamburg 26. bis 28. Oktober 2007



**Finanzbericht 2005 – 2006
der Schatzmeisterin**

**Parteitag Hamburg
26. bis 28. Oktober 2007**



Inge Wettig-Danielmeier, Schatzmeisterin der SPD

Impressum

SPD Parteivorstand

Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

<http://www.spd.de>

Gestaltung
Petra Bauer,
Cicero Werbeagentur, Berlin/Bonn
pb.cicero@t-online.de

Bestell-Nr. 941 01 84

Einleitung	5
I. Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD	10
1. Einnahmeentwicklung	10
1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen	10
1.2 Die staatliche Teilfinanzierung	11
1.3 Die Einnahmen aus Spenden	12
1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring	14
1.5 Die Einnahmen aus Vermögen	15
1.6 Parteiinterner Finanzausgleich	15
2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung	17
3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände	18
4. Der Unternehmensbereich	19
4.1 Konzentration GmbH und Grundstücksgesellschaften	19
4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin	21
4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	22
II. Weitere Reformen des Parteiengesetzes	25
III. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich	27
Anhang:	
Historische Gedenkstätten	30



Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

mit dem vorliegenden Finanzbericht berichte ich nicht nur über die zurückliegenden zwei Jahre, sondern gebe auch einen Rückblick auf nahezu 16 Jahre im Amt der Schatzmeisterin.

Als ich das Amt der SPD-Schatzmeisterin im Januar 1992 auf Vorschlag des damaligen Vorsitzenden Björn Engholm antrat, war ich die erste Frau in der Geschichte der SPD, die dieses Amt bekleidete.

Die Kommentare zu meiner Wahl waren zum Teil verletzend – innerparteilich und in der Öffentlichkeit. Damit waren die Attacken aber keinesfalls beendet. Immer wieder gab es Versuche, die Schatzmeisterin der SPD zu attackieren. War es 1996 der Focus mit Schauergeschichten, 1999/2000 die Welt mit angeblichen Finanzskandalen, so schloss sich 2007 auch der Spiegel dieser merkwürdigen „Skandalberichterstattung“ an. Eine Serie von gerichtlichen Auseinandersetzungen konnte meist gewonnen werden.

Nicht nur deshalb ist es im Rückblick alles andere als selbstverständlich, dass ich das Amt der Schatzmeisterin so lange inne hatte.

Heute blicke ich auf die längste Amtszeit nach Alfred Nau zurück. In dieser Zeit habe ich mit sieben Vorsitzenden und acht Bundesgeschäftsführern/Generalsekretären zusammengearbeitet.

Das hätte wohl damals niemand prophezeit – und wenn, ich hätte es mir nicht vorstellen können.

Für das mir entgegengebrachte und wachsende Vertrauen möchte ich mich deshalb ganz herzlich bedanken. In schwierigen Situationen hat mich die Zustimmung aus der Partei in meiner Arbeit bestärkt.

Mein Einstieg in das Amt der Schatzmeisterin war nicht einfach:

Der häufige Schatzmeisterwechsel nach dem Ausscheiden Alfred Naus hatte zu einer Reihe von nicht zu Ende gebrachten Projekten geführt. Diese betrafen nicht nur, aber vor allem den Unternehmensbereich.

Zu Beginn meiner Amtszeit musste ich vier große Projekte beginnen, die heute im Wesentlichen abgeschlossen sind:

I. Neustrukturierung des Unternehmens- und Vermögensbereichs

Der Unternehmensbereich ließ sich nicht effizient steuern. Die Strukturen waren durch zahllose Verschmelzungen, Neugründungen und zufällige Zuordnungen undurchschaubar geworden.

Es gab eine Reihe von alten, zum Teil rechtlich nicht gesicherten Treuhandschaften, Mehrfachgeschäftsführungen, die es sowohl der Generaltreuhänderin als auch dem Treuhandaufsichtsrat erschwerten, Einblick in die Unternehmen zu nehmen. Nach einer umfassenden Untersuchung und Evaluation gelang es Schritt für Schritt den Unternehmensbereich transparent zu gliedern. Allein diese Umorganisation dauerte ein Jahrzehnt.

Seitdem ist die Konzentration GmbH eine Immobilien-gesellschaft und die dd_vg. die Unternehmensholding für die Zeitungs-beteiligungen und andere unternehmerische Aktivitäten des SPD-Unternehmensbereichs. Die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH hält und betreibt das Willy-Brandt-Haus.

II. Reform der staatlichen Parteienfinanzierung

Das Bundesverfassungsgericht fällte im Jahr 1992 ein grundlegendes Urteil zur Parteienfinanzierung. In der Folge dieses Urteils wurde es notwendig, die anteilige Finanzierung der Parteien aus öffentlichen Mitteln auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Dies gelang in Zusammenarbeit mit den anderen Bundestagsfraktionen und -parteien.

Als Ergebnis kann festgehalten werden: Die Struktur, die im veränderten Parteiengesetz von 1994 gefunden wurde, hat Bestand und ist – auch juristisch – unstrittig. Die Parteienfinanzierung wurde umgestellt von der Wahlkampfkostenerstattung zur allgemeinen staatlichen Teilfinanzierung.

Für die Fragen der öffentlichen Parteienfinanzierung war damit nach bald 40 Jahren steten Streits in diesem Punkt Ruhe eingekehrt.

III. Der Bau des Willy-Brandt-Hauses in Berlin

Unmittelbar nach dem Hauptstadtbeschluss des Deutschen Bundestages hatte der Parteivorstand 1991 beschlossen, ein Parteihaus in Berlin zu errichten. Es sollte später Sitz des SPD-Parteivorstandes werden. Mir oblag, ein Grundstück zu erwerben, die Planung einzuleiten, die Finanzierung zu klären und schließlich den Bau des Gebäudes als Bauherrin zu überwachen.

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Erich-Ollenhauer-Hauses lehnten – unterstützt von Umzugsgegnern – aus persönlich nachvollziehbaren Gründen den Umzug nach Berlin ab. Die Widerstände waren groß und sie mobilisierten im Bonner Umfeld und in einigen Medien immer wieder Kritik am von mir organisierten Neubau und Umzug.

1996 konnten wir unser Willy-Brandt-Haus einweihen. Wir waren damit die erste Partei, die aus Bonn kommend, ihren Sitz in Berlin nahm (den die SPD allerdings formell nie aufgegeben hatte).

IV. Restitution des Vermögens

Eine weitere Aufgabe steckte 1992 noch in den Kinderschuhen: Die Restitution des enteigneten Vermögens der SPD in der ehemaligen DDR. Durch die Zwangsvereinigung von SPD und KPD war die SPD der SBZ an der Rückforderung ihres von den Nazis enteigneten Eigentums gehindert gewesen, das die SED für sich beansprucht hatte. Diese Aufgabe ist heute weitgehend, aber noch nicht vollständig abgeschlossen. Wir erhielten eine Reihe von Immobilien in den neuen Bundesländern zurück, sie wurden von uns weitgehend saniert und für die Partei nutzbar gemacht. Einige Immobilien konnten verkauft werden, um die notwendigen Sanierungen zu finanzieren. In einer Reihe von Fällen jedoch wurden unsere berechtigten Ansprüche bestritten. Sie ließen sich erst mit Hilfe der Verwaltungsgerichte durchsetzen. Dennoch ist vieles von dem Vermögen, das die SPD ursprünglich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR besaß, verloren gegangen. Immer noch offen ist ein Teil der Entschädigungen für den Wirtschaftswert unserer enteigneten Unternehmen.

Die Rahmenbedingungen ändern sich!

Neue Mitgliederverwaltung

Parallel zu den oben beschriebenen Aufgaben mussten wir innerhalb der Parteiorganisation technisch neue Wege beschreiten. Die elektronische Mitgliederverwaltung musste umgestellt und erweitert werden, da das 1988/89 eingeführte System vor dem Zusammenbruch stand. Nach dem fehlgeschlagenen Projekt mit SAP gelang es mit Hilfe der IG BCE die MAVIS als arbeitsfähige Mitgliederdatenbank anzulegen. Wir müssen unsere Mitglieder- und Adressverwaltung demnächst wieder erneuern, um den weiteren Ansprüchen zu genügen. Eine entwickelte elektronische Kommunikation, die über die Mitgliederverwaltung hinaus reicht, ist für eine Mitglieder und Wähler orientierte Partei unverzichtbar, aber sie stellt hohe Anforderungen an Pflege und finanziellen Einsatz.

Das Fundraising wird institutionalisiert

Die SPD finanziert sich vor allem aus Mitgliedsbeiträgen, ist aber auch auf andere Einnahmequellen angewiesen. Die Fundraising-Instrumente wurden deshalb neu ausgerichtet. Nachdem mein Vorgänger das Spendenreferat abgeschafft hatte, wurde 1993 das Spendenreferat neu eingerichtet und die notwendige Basisorganisation geschaffen und seitdem weiterentwickelt. In einem weiteren Schritt haben wir seit 2001 das Sponsoring aufgebaut. Mit diesem rechtlich und politisch schwierig handhabbaren Finanzierungsinstrument stützen wir seitdem politische Veranstaltungen.

Den Spendenvorsprung der CDU/CSU und der FDP konnten wir nicht damit aufholen. Das liegt an der Struktur dieser Parteien und ihrer Verflechtung mit zahlungskräftigen gesellschaftlichen Schichten und der Wirtschaft.

Controlling wird eingeführt

Der enger werdende Finanzrahmen verlangt auch interne Kosten- und Ausgabendisziplin. Seit 1994 unterliegt das Finanzhandeln des Parteivorstandes einem systematischen Controlling.

Der Umzug nach Berlin

1999 verließ der Parteivorstand die „Baracke“ in Bonn und zog nach Berlin. Nicht alle wollten bzw. konnten Bonn den Rücken kehren. Mit Sozialplänen haben wir den Umzug flankiert und eine sozial vertretbare Lösung für alle Beteiligten finden können. Es sollte nicht unterschlagen werden, dass wir dafür eine außerordentliche finanzielle Belastung auf uns genommen haben, die die politische Manövriermöglichkeit des Parteivorstandes über Jahre eingeschränkt hat.

Die meisten der von Bonn nach Berlin gezogenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind mittlerweile in Berlin heimisch geworden.

Die Arbeitsfähigkeit der Parteizentrale war nach wenigen Wochen des Umzugs wieder hergestellt. Das ist nicht jedem umziehenden Verband und auch nicht dem Bundestag auf Anhieb gelungen.

Der CDU-Spendenskandal und seine Folgen für die SPD

Im November 1999 begann mit der Festnahme von Walter Leisler Kiep der CDU-Spendenskandal. Dieser Spendenskandal hat in den darauf folgenden drei Jahren die Arbeit der Schatzmeisterei dominiert. Seine Auswirkungen bestimmen noch heute im Wesentlichen die Arbeitsbelastung der Schatzmeister aller Parteien. Schon bald nach Offenlegung der Auslandsvermögen der hessischen CDU begannen gezielte Angriffe auf die SPD-Finzen. Insbesondere der Unternehmensbereich wurde durch eine Pressekampagne in „Welt“, „Focus“ und „report München“ zur Entlastung der CDU in den Blickpunkt gerückt. In keinem Punkt konnten uns Vergehen gegen das Parteiengesetz nachgewiesen werden. In einer Vielzahl von Fällen traten wir presserechtlich der falschen Berichterstattung entgegen.

Umso schmerzlicher traf uns der Kölner Spendenkandal im März 2002, auch wenn er ein lokales Ereignis blieb. Die Hauptakteure wurden zur Rechenschaft gezogen. Persönlich war diese Zeit für mich die härteste. Dass sich mit krimineller Energie Gesetze umgehen lassen, ist eine Sache. Die andere ist, wie Genossinnen und Genossen miteinander umgegangen sind.

Die Gesetzesverstöße wurden schnell und systematisch aufgeklärt. Die Sanktionen vom Parteivorstand beglichen. Die Rückerstattung durch die Kölner SPD ist nicht abgeschlossen.

Äußerst schwierig zu beurteilen ist die Annahme einer extrem hohen Spende in Wuppertal, die sich noch im Laufe des Verfahrens als vom Spender gestückelt und fehlerhaft deklariert herausstellte. Bei Erstellung des Rechenschaftsberichtes war das für uns nicht erkennbar und mir scheint, es war auch für die Handelnden vor Ort nicht erkennbar.

Jedenfalls bescherten mir die Ereignisse in Köln und Wuppertal eine zweite, stundenlange Anhörung im Untersuchungsausschuss des Bundestages.

Der CDU-Spendenskandal hatte jedoch eine andere Dimension, schon finanziell umfasste er viele Millionen DM und er betraf den Parteivorstand der CDU und den hessischen Landesverband, Organisations Ebenen, die professionell geführt werden. Von dem CDU-Skandal waren höchste Funktionsträger der CDU betroffen.

Ironie der Geschichte ist aber, dass nicht die CDU, sondern vor allem die SPD darunter finanziell zu leiden hatte. Die Einnahmen aus Spenden unserer Mitglieder und Sympathisanten gingen merklich zurück.

Die nach den Finanzskandalen erforderliche Novellierung des Parteiengesetzes wurde unter großen Kraftanstrengungen noch einmal von allen Bundestagsparteien gemeinsam in Angriff genommen. Dabei wurden Regelungen getroffen, die die Transparenz der Parteifinzen erhöht haben.

Wesentliches Auseinandersetzungsfeld der Union, allerdings auch der FDP und der ihnen geneigten Medien blieb jedoch der Unternehmensbereich der SPD. Hier gab es eine Reihe von Forderungen, der SPD das erfolgreiche Engagement im Mediensektor zu untersagen – sie also zu enteignen.

Der Unternehmensbereich der SPD ist der Union ein Dorn im Auge, weil er den Vorsprung der Unionsparteien bei den Spendeneinnahmen zwar nicht aufholt, aber zumindest abmildern kann. Es ist gelungen, den Unternehmensbereich so umzustrukturieren, dass er nachhaltig Erträge erwirtschaftet, die den Bau des Willy-Brandt-Haus und gelegentlich notwendige Sonderaufgaben finanzieren.

Auf Landesebene, unter anderem in Hessen und Niedersachsen haben Union und FDP über die Rundfunkgesetzgebung den Versuch der Enteignung unseres Vermögens fortgesetzt: Indem selbst kleinste Unterbeteiligungen von Parteien an Rundfunkunternehmen untersagt wurden, wurde gezielt den Verlagshäusern das Cross-Media-Engagement erschwert, an denen wir historisch beteiligt sind. In Niedersachsen hat der Staatsgerichtshof dieses Vorgehen 2005 für verfassungswidrig erklärt, zurzeit ist noch ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig.

Wahlkämpfe ohne Langfrist-Kredite finanziert

In meine Amtszeit fielen vier Bundestagswahlkämpfe und drei Wahlkämpfe für das Europäische Parlament. Sämtliche Wahlen wurden trotz zunehmender Finanzenge ohne langfristige Kredite finanziert.

Mitgliedsbeiträge bleiben die tragende Säule unserer Parteifinanzen

Seit 1993 gab es Bemühungen die Mitgliedsbeiträge anzupassen, die sich fast zwei Jahrzehnte nicht geändert hatten, um steigende Kosten aufzufangen. 1997 wurde eine regelmäßige Beitragsanpassung auf dem Bundesparteitag zunächst abgelehnt, dann aber 1999 beschlossen. Die Finanzordnung der SPD sieht nunmehr Beiträge vor, die entsprechend der Entwicklung der Nettolöhne regelmäßig angepasst werden. Das ermöglicht eine verlässliche Finanzplanung.

Uns macht die Entwicklung der Mitgliederzahlen Sorge. Dabei ist das Hauptproblem die demographische Entwicklung. Zeiten größerer Eintritts- und Austrittswellen hat es immer gegeben, aber nicht nur die Austritte auch die hohen Sterbezahlen reduzieren unsere Mitgliedschaft.

Wir brauchen wieder mehr Mitglieder, nicht nur als Beitragszahlerinnen und -zahler, sondern auch als aktive Genossinnen und Genossen, die sich an der Parteiarbeit beteiligen.

Die Erfahrungen dieser 16 Jahre haben mir gezeigt, dass die starke Stellung des Schatzmeisters nach unserer Satzung notwendig und richtig ist. Als Schatzmeisterin war ich vor allem dem Parteitag verantwortlich und konnte so die Finanzsituation solide steuern. Wir konnten systematisch und berechenbar die Unterstützung der Landesverbände und Bezirke organisieren.

1. Einnahmeentwicklung

1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen

Auch in den Jahren 2005 und 2006 waren die Beiträge der Mitglieder und Mandatsträgerinnen und -träger die wichtigste Einnahmequelle der SPD.

Etwa 42 % unserer Gesamteinnahmen entstammen diesen Beiträgen.

Die Einnahmen aus Beiträgen betragen im Jahr 2006 70,02 Mio. € (2005 71,16 Mio. €).

Diese verteilen sich wie folgt:

	Jahr 2005	Jahr 2006
Mitgliedsbeiträge	49,22 Mio. €	48,42 Mio. €
Mandatsträgerbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	21,94 Mio. €	21,60 Mio. €

Im Rückblick auf die Situation vor zehn Jahren zeigt sich, dass die SPD mit deutlich geringeren Beitragseinnahmen auskommen muss.

1996 betragen die Beitragseinnahmen insgesamt 78,25 Mio. € und hatten einen Anteil von 54,07 % an den Gesamteinnahmen. Im Vergleich zum Jahr 2006 bedeutet dies einen Rückgang um 8,23 Mio. €.

Trotz sinkender Mitgliedszahlen konnten die Einnahmen aus Beiträgen bis 2001 annähernd konstant gehalten werden. Dies war möglich durch höhere Beiträge der besser verdienenden Mitglieder und der Neumitglieder, aber auch durch Beitragserhöhungen.

Seit 2002 sind die Einnahmen aus Beiträgen dagegen rückläufig.

Innerhalb von 10 Jahren verlor unsere Partei 29,3 % der Mitglieder. Waren es 1996 noch 793.797 Mitglieder, so zählte die SPD Ende des Jahres 2005 590.485 und ein Jahr später 561.239 Mitglieder. Der Rückgang der vergangenen Jahre setzte sich im Berichtszeitraum somit weiter fort, konnte aber deutlich verlangsamt werden.

Da sich die Berechnung der staatlichen Mittel unter anderem auch an den gezahlten Mitgliedsbeiträgen bemisst, haben wir dadurch nicht nur sinkende Beiträge, sondern auch geringere Einnahmen aus staatlichen Mitteln zu verzeichnen.

Ich danke den Kassiererinnen und Kassierern dafür, dass sie immer sehr genau auf die Einnahmen geachtet haben. Die Zahlungsmoral unserer Mitglieder ist sehr gut. Etwa 97 % zahlen ihren Beitrag regelmäßig. Im Jahr 2006 betrug der durchschnittliche Monatsbeitrag 7,25 € (7,16 € im Jahr 2005). Dies sind 86 Cent bzw. 13,46 % mehr als im Jahr 1997.

Unsere Finanzordnung sieht eine jährliche Erhöhung der Mitgliedsbeiträge vor, die sich an der Steigerung der durchschnittlichen Nettoeinkommen des Vorjahres orientiert. Diese Steigerung wird durch den Parteivorstand festgelegt und beruht auf Berechnungen des Statistischen Bundesamtes.

Mitglieder mit geringen oder fehlenden Einnahmen, die nur den Mindestbeitrag von 2,50 € im Monat bezahlen, bleiben dabei von der Anpassung ausgenommen.

Alle Mitglieder werden ab Oktober des Vorjahres im „vorwärts“ und im Informationsdienst „intern“ über die bevorstehende Beitragsanpassung informiert. Zudem werden sie auf die Möglichkeit hingewiesen, der Anpassung zu widersprechen.

Die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Beitragsanpassung an die Preisentwicklung wird von fast allen Mitgliedern akzeptiert. Nur zwei Prozent haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, der automatischen Beitragsanpassung zu widersprechen.

Zum 1. Januar 2005 wurden die Mitgliedsbeiträge um 0,5% angehoben, was der durchschnittlichen Netto-lohnenentwicklung des Jahres 2003 entspricht. Der durchschnittliche Beitrag erhöhte sich um sieben Cent. Davon ging etwa ein Cent an den Parteivorstand, sechs Cent flossen an die Gliederungen.

2006 ergab sich eine Anpassung von 1,2% auf Grundlage der statistischen Erhebungen des Jahres 2004. Je Mitglied erhöhte sich der durchschnittliche Beitrag um neun Cent. Davon erhielt der Parteivorstand etwa 1,5 Cent und die Gliederungen 7,5 Cent.

Es wird deutlich, dass die Beitragsanpassungen vor allem den Bezirken, Unterbezirken und Ortsvereinen zugute kommen, die 85% der Beitragseinnahmen erhalten.

Die Beitragsanpassungen im Überblick:

Beitragsanpassungen 2001 bis 2006					
	2001	2003	2004	2005	2006
Anpassung in Prozent	2,20	2,90	0,90	0,50	1,20
Anzahl der Widersprüche	9.709	5.505	6.157	6.603	7.649
Beitragssenkung	1.294	0.848	0.802	0.993	0.600
Freiwillige Beitragserhöhung	1.130	1.656	0.259	0.324	0.282

1.2 Die staatliche Teilfinanzierung

Die Gesamtsumme der staatlichen Parteienfinanzierung wurde 1992 vom Bundesverfassungsgericht festgelegt. Sie kann Jahr für Jahr entsprechend den Preisentwicklungen angepasst werden. Die Verteilung auf die verschiedenen Parteien folgt nach zwei Kriterien:

- der Zahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- und der Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (bis zu 3.300 € je Person): dazu gehören die Mitgliedsbeiträge, die Mandatsträgerbeiträge und die Spenden.

Die Wählerstimmen und die Beiträge und Spenden, die die Bürgerinnen und Bürger einer Partei zu geben bereit sind, gelten als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung. Je stärker eine Partei von Mitgliedern und Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann, desto höher ist ihr Anteil an den staatlichen Mitteln.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien liegt seit dem 1. Juli 2002 bei 133 Mio. €. Die SPD erhielt 2005 insgesamt 43,77 Mio. € und 2006 insgesamt ca. 42,90 Mio. €.

Damit entsprechen die Einnahmen aus staatlichen Mitteln einem Anteil von ca. 25 Prozent an den Gesamteinnahmen.

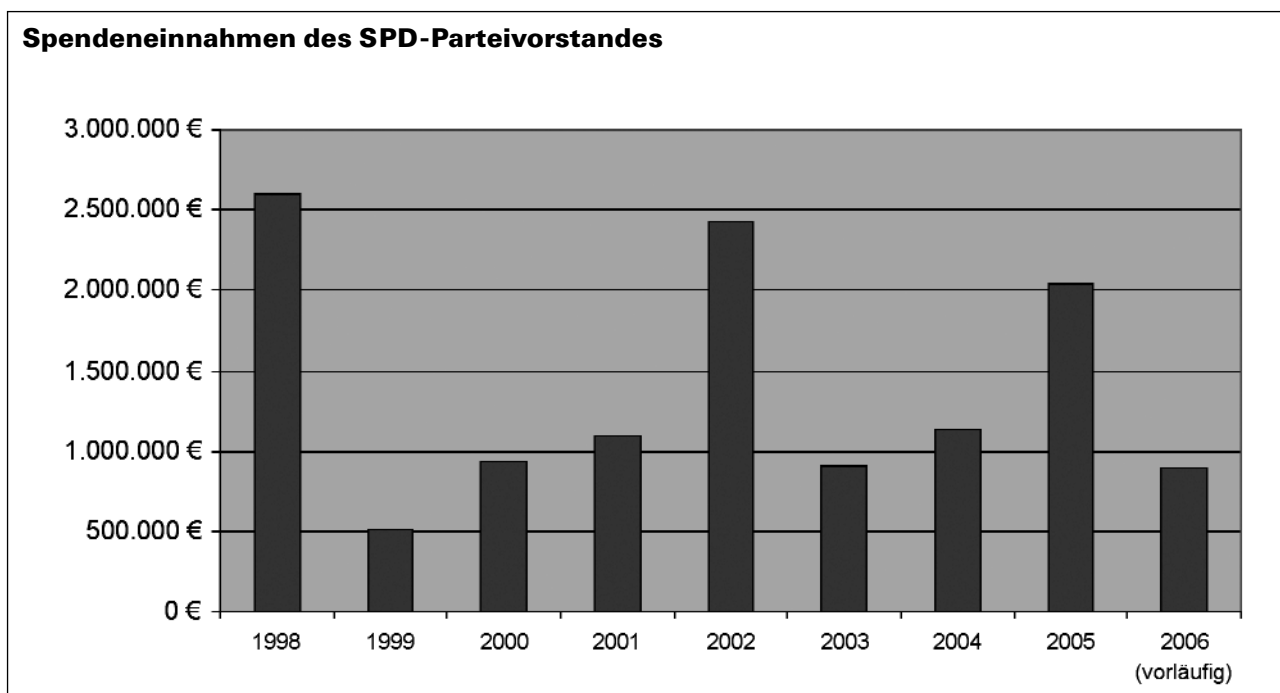
1.3 Die Einnahmen aus Spenden

Der Anteil der Spenden an unseren Gesamteinnahmen ist im Vergleich zu anderen Parteien, insbesondere zu CDU, CSU und FDP niedrig. Er betrug bei uns im Jahr 2005 für die Gesamtpartei lediglich 8,38 %, bei der CDU dagegen 22,35 %, bei der CSU 22,53 % und bei der FDP sogar 36,20 %.

Die Spendeneinnahmen der SPD sind starken Schwankungen unterworfen. Besonders sichtbar wird dies in den Bundestagswahljahren. Traditionell erzielen wir hier außergewöhnlich hohe Ergebnisse. Hohe Politisierung, starke Wahrnehmung von Politik, aber auch eine auf allen Ebenen der Partei erhöhte Aktivität in der Spendenwerbung bilden dafür die Grundlage.

Dementsprechend erzielte im Jahr 2005 der SPD-Partei Vorstand über 2 Mio. € Einnahmen aus Spenden. Die Höhe der Einnahmen der beiden vorangegangenen Wahlkämpfe konnte jedoch nicht erreicht werden: Der vorgezogene und damit kurze Wahlkampf begrenzte auch die Möglichkeiten aktiver Spendenwerbung, vor allem entfielen Spenden aus der Wirtschaft. Die Wirtschaft sah offensichtlich die Chance, eine Regierung zu ermöglichen, die ihren Interessen stärker entgegen kam und spendete verstärkt an CDU/CSU und FDP.

Allerdings spiegeln die Zahlen von 2005, wie die des Jahres 2006 auch, ein anderes Problem wider. Die Einnahmen des Nach-Wahljahres 2006 mit etwa 900.000 € lagen, wenn auch nur knapp, unter denen des Referenzjahrs 2003 mit 912.000 €.



Unsere wichtigsten Spenderinnen und Spender – und dies gilt für alle Ebenen der Partei – sind die Parteimitglieder und Sympathiesanten. Der überwiegende Anteil der Spenden wird von ihnen geleistet. Unsere Spendeneinnahmen sind damit in hohem Maße abhängig von der Mitgliederentwicklung der SPD.

Wir werden die Bemühungen um Spenden innerhalb und außerhalb der Partei verstärken müssen. Dies muss Aufgabe aller Gliederungen der Partei sein. Das Spendenreferat beim Parteivorstand bietet dazu von der rechtlichen Beratung bis zur praktischen Hilfe vielfältige Unterstützung an.

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998 – 2005 in Tsd. €.												
Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	Grüne	in %	FDP	in %	PDS	in %
1998	18.836	12,10	33.813	24,49	12.536	37,40	5.847	20,07	11.178	44,29	3.785	19,16
1999	17.236	11,02	33.368	25,20	7.806	23,94	5.140	19,57	9.843	41,75	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.934	24,74	4.311	18,37	8.465	36,90	3.485	17,33
2001	16.528	10,33	27.504	19,43	10.886	31,48	5.121	21,48	10.798	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	25.459	19,43	18.872	40,95	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	3.637	14,32	8.725	29,70	2.002	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
Durchschnitt	15.040	9,34	29.034	20,69	10.298	27,16	4.650	17,96	8.763	37,61	3.068	14,68

1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring

Sponsoring ist in Zeiten knapper Kassen in. Im politikhohen Bereich konkurrieren auf Bundesebene neben den Parteien auch Ministerien, Bundesinstitutionen, Bundestagsfraktionen und die Vertretungen der Länder um die freundliche Unterstützung von Unternehmen, sei es in Form einer Geld-, Sach- oder Dienstleistung. Kaum eine Großveranstaltung, kein Sommerfest, keine Kampagne ist mittlerweile ohne diese Form der Unterstützung zu realisieren.

Sponsoring ist ein Geschäft, das auf Leistung und Gegenleistung beruht. Anders als bei Spenden, die nur ohne Gegenleistung gegeben und angenommen werden dürfen, muss es beim Sponsoring eine Gegenleistung geben; in der Regel in Form eines werbewirksamen Auftritts des Unternehmens. Das geschieht unter den Augen einer kritischen Öffentlichkeit.

Der ordentliche Parteitag in Karlsruhe 2005 und die außerordentlichen Parteitage im August 2005 und im Mai 2006 in Berlin waren im Berichtszeitraum die größten Veranstaltungen, die von Sponsoren unterstützt wurden. Daneben haben sich auf den Bundeskongressen der Arbeitsgemeinschaften und bei Zielgruppenveranstaltungen des Parteivorstands Unternehmen werbewirksam dargestellt.

Die Einnahmen, die wir durch die Vermarktung von Veranstaltungen erzielen, gehören zum wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Sie liegen unter einem Prozent unserer Gesamteinnahmen und können die Kosten für die Veranstaltungen nur mindern. Nichtsdestotrotz sind sie unerlässlich, um die finanziellen Anforderungen zu stemmen.



*Inge Wettig-Danielmeier
am Stand der SEB*

1.5 Einnahmen aus Vermögen

Seit Mitte der neunziger Jahre hat die Bedeutung der Einnahmen aus Vermögenserträgen deutlich zugenommen.

Einerseits mussten stagnierende bzw. abnehmende Einnahmen in anderen Bereichen kompensiert werden, andererseits wurden durch die Reorganisationen des Unternehmensbereichs der Partei Ertragspotenziale gehoben, die in den vergangenen Jahren zur Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses wie auch der politischen Arbeit der Partei eingesetzt wurden.

Bis 1997 betrug die Ausschüttungen der dd_vg. in keinem Jahr mehr als 500 T€ (Brutto vor Steuern). In der Regel konnten daraus gerade die Kosten der Verwaltung durch den Treuhänder gedeckt werden.

Danach stiegen sie deutlich an, so dass ab 1997 immer mindestens die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses gedeckt war.

In den Jahren 2005 und 2006 wurden ca. 14 Mio. € ausgeschüttet, davon 6,7 Mio. in 2005 und 7,3 Mio. im Jahr 2006.

Auch in den folgenden Jahren ist die Partei auf jährliche Ausschüttungen von (im groben Durchschnitt) 6 Mio. € jährlich angewiesen, um die Finanzierung des Willy-Brandt-Hauses und politische Schwerpunktaktionen zu finanzieren.

1.6 Parteiinterner Finanzausgleich

Seit der Umstellung der staatlichen Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse im Jahre 1994 gibt es einen vom Parteiengesetz vorgesehenen regelmäßigen besonderen Finanzausgleich zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden bzw. Bezirken.

Die Einbeziehung der Zuwendungen neben den erzielten Wählerstimmen als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit hoher Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt.

Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 33 Prozent für die Landesverbände und 67 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln ist über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände gegeben worden. Sie erhalten heute gut 21 Prozent mehr an staatlichen Mitteln als vor 1994, während die dem Parteivorstand verbleibenden staatlichen Mittel nur um 4,0 Prozent gestiegen sind.

Für die zukünftige Verteilung ist eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln erfolgt. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 % zu 15 % zugunsten der Gliederungen gegenüber.

Finanz- und Vermögensentwicklung der SPD

Verteilung aus staatlichen Mitteln										
	1991–1993 Ø pro Jahr		1994–1997 Ø pro Jahr		1998–2001 Ø pro Jahr		2002–2006 Ø pro Jahr		Veränderung gegenüber 1991–1993	
	T€	%	T€	%	T€	%	T€	%	in T€	in %
Landesverbände von den Landtagen aus Finanzausgleich	13.302 0		7.600 7.325		7.206 8.956		5.923 10.192			
LV-Gesamt	13.302	30	14.925	32	16.162	34	16.115	33	2.813	21,1
Parteivorstand	30.996	70	31.040	68	32.042	66	32.230	67	1.234	4,0
SPD-Gesamt	44.298	100	45.965	100	48.204	100	48.345	100	4.047	9,1

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. € (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. € (= 245 Mio. DM), seit 2002 auf 133 Mio. €

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung

Die Haushalte 2005 und 2006 standen unter dem Vorzeichen rückläufiger Beitragseinnahmen. Zudem mussten die finanziellen Belastungen durch den Bundestagswahlkampf aufgefangen werden.

Die mittelfristige Finanzplanung (Mifrifi) konnte nur mit harten Einsparungen im Personal- und Sachmittelat eingehalten werden. So berücksichtigt die aktuelle Mifrifi unter anderem eine zwischen der Geschäftsleitung und dem Betriebsrat vereinbarte Entwicklung der Personalkosten bis 2010; danach fallen Vergünstigungen weg, flexible Arbeitszeiten ermöglichen Einsparungen, betriebsbedingte Kündigungen werden dafür bis 2010 ausgeschlossen.

Vor dem Umzug nach Berlin im Jahr 1999 machten die Personalkosten noch 38 Prozent der Ausgaben aus. 2001 lagen sie bei 31,5 Prozent, 2002 wieder bei 36 Prozent, 2003/2004 bei 37 Prozent und 2005/2006 wieder bei 36 Prozent der Ausgaben.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass zahlreiche technische und organisatorische Dienste (Buchhaltung, EDV etc.) mit dem Umzug nach Berlin ausgelagert wurden, also den Personaletat unmittelbar nicht mehr belasten, sondern als Sachausgaben geführt werden. Vor diesem Hintergrund erscheinen die Personalkosten seit 2002 im Vergleich zu 1999 eindeutig zu hoch. Das vor allem auch deshalb, weil die Etats insgesamt aufgrund der sinkenden Beitragseinnahmen geringer ausfallen und die zur Verfügung stehenden Sachmittel für die politische Arbeit im Vergleich zu den Personalkosten zu gering sind (Stichwort „Kampagnenfähigkeit“).

Die getroffene Betriebsvereinbarung, ermöglicht ein günstigeres Verhältnis zwischen dem Aufwand für die politische Arbeit und den Personalkosten.

Der Ansatz für den Betriebshaushalt 2007 insgesamt liegt trotz eines Jahres mit Parteitag um 3,5 Mio. € unter den Ausgaben des Betriebshaushaltes von 2005.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten – sinkenden – Einnahmen. Da auch in Zukunft nicht mit höheren Einnahmen zu rechnen ist, dürfen Schulden nicht gemacht werden.

Eine erfreuliche Entwicklung lässt sich bei den Kosten für die EDV feststellen. Nach ihrer Verfünfachung von 1995 bis 2000 (auf über 7 Mio. €) sinken sie kontinuierlich. Der Betriebshaushalt EDV betrug 2001 noch 5,3 Mio. €. Er konnte bis 2004 auf unter 4 Mio. € zurückgeführt werden und pendelt sich seit 2005 deutlich unter 4 Mio. € ein (2006 = 3,1 Mio. €).

Das Budget für die Bundestagswahl 2005 wurde im Laufe der Kampagne trotz Bedenken erhöht, konnte aber dann mittels sorgfältiger Haushaltsbewirtschaftung und intensiver Kontrolle eingehalten werden. Die Wahlkampfzentrale für den Bundestagswahlkampf wurde im Willy-Brandt-Haus eingerichtet. Der Etat betrug im Wahljahr rund 27,2 Mio. €.

Im Etat des Bundestagswahlkampfes schlugen die Kosten für Anzeigen, Plakatierung, Kino- und Fernsehspots sowie Flugblätter und andere Verteilmaterialien mit insgesamt 13,4 Mio. € zu Buche. Ein weiterer großer Bereich waren mit 5,3 Mio. € die (Groß-)Veranstaltungen, insbesondere die mit dem Bundeskanzler. An Gliederungen wurden 2,5 Mio. € Zuschüsse ausgezahlt. Die restlichen Mittel wurden für Zielgruppen, Forschung, Themen- und Pressearbeit sowie für die Verwaltungs- und Personalkosten verwandt.

Die Haushaltsführung des Parteivorstandes für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 wurde überprüft und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nach den Vorschriften des Parteiengesetzes testiert. Es gab keine Beanstandungen. Entsprechendes gilt für den Kampagnenetat zur Bundestagswahl 2005. Außerdem prüfte die Kontrollkommission laufend den Betriebshaushalt des Parteivorstandes.

3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände

Die Erhaltung der Parteistruktur in den ostdeutschen Landesverbänden ist aus den dort eingenommenen Beitragseinnahmen der rund 23.000 Mitglieder (Stand: 31. 12. 2006) nicht möglich, obwohl diese mit 10,70 €/Monat einen im Durchschnitt deutlich höheren Monatsbeitrag als die westdeutschen Mitglieder zahlen.

Zur Sicherung einer handlungsfähigen Organisationsstruktur leisten daher alle Mitglieder der alten und neuen Landesverbände einen Solidarbeitrag von 26 Cent je Monatsbeitrag.

Den ostdeutschen Landesverbänden wurden in den Jahren 2005 und 2006 zusammen 5,04 Mio. € als Zuschuss zur Unterhaltung der Geschäftsstellen und des hauptamtlichen Personals zur Verfügung gestellt.

Dieser Zuschuss setzt sich zum einen aus den von den Mitgliedern gezahlten Sonderbeiträgen in Höhe von 3,55 Mio. € und zum anderen aus einer ergänzenden Strukturhilfe aus dem Betriebshaushalt des Parteivorstandes in Höhe von 1,49 Mio. € zusammen.

Weiterhin wurden aus dem Betriebshaushalt des Parteivorstandes Zuschüsse zur Wahlkampfunterstützung, Projektförderungen sowie Personal- und Verwaltungskosten bereitgestellt.

Im Jahr 2005 betragen diese 209 T€ bzw. 553 T€ im Jahr 2006.

Somit wurden in den Jahren 2005 und 2006 zusammen 5,80 Mio. € für die Fortführung der Aufbauhilfe Ost aufgewandt. 2005 waren dies 2,81 Mio. € und 2,99 Mio. € im Jahr 2006.

Der Parteivorstand hat damit über die von allen Mitgliedern gezahlte Strukturhilfe hinaus in den Jahren 2005 und 2006 2,25 Mio. € aus seinem Betriebshaushalt beigesteuert.

4. Der Unternehmensbereich

4.1 Konzentration GmbH und Grundstücksgesellschaften

Der Grundbesitz der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist Treuhandbesitz der *Konzentration GmbH* und weiterer Gesellschaften. Das wirtschaftliche Eigentum an allen Grundstücken liegt gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 des Organisationsstatuts der SPD bei ihrem Parteivorstand. Der Immobilienbesitz wird im Rechenschaftsbericht der SPD, und dort in der Spalte *Haus- und Grundvermögen*, in der Vermögensbilanz mit allen Anschaffungs- und Herstellungskosten erfasst.

Im Berichtszeitraum hat die *Konzentration* ihre Aufgabe, die Struktur des Immobilienbesitzes zu vereinheitlichen, erfolgreich fortgesetzt. Die Immobiliengesellschaften in Berlin, Regensburg und Würzburg wurden auf die *Konzentration* verschmolzen, nachdem ihr Grundbesitz zuvor in das Parteivermögen überführt werden konnte. Die Verschmelzung der Immobiliengesellschaft in Springe ist vorbereitet.

Neben der *Konzentration* und der *Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH* bestehen zur Zeit sieben weitere Kapitalgesellschaften, drei Personengesellschaften, drei Vereine und die Treuhandbesitzgesellschaften in Hannover und Frankfurt, die über Immobilienvermögen der SPD verfügen.



Das sanierte Erich-Ollenhauer-Haus in Bonn



Sitzungssaal im Erich-Ollenhauer-Haus



Innenräume im Erich-Ollenhauer-Haus

20

Wesentliche Aufgabe der *Konzentration* im Berichtszeitraum war die Förderung der laufenden Restitutionsverfahren. Nachdem durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes das Altvermögen der Partei in *Jena Teichgraben 4* erstritten werden konnte, sind die Verfahren auf Naturalrestitution abgeschlossen. Nicht beendet sind die auf Entschädigung für den Verlust des sozialdemokratischen Vermögens gerichteten Verfahren.

In der Grundstücksentwicklung hat die *Konzentration* im Berichtszeitraum im Wesentlichen das *Erich-Ollenhauer-Haus* in Bonn von Grund auf modernisiert und voll vermietet. Darüber hinaus wurde von der *Konzentration* das Kölner Grundstück entwickelt. Die Modernisierung dieses Objektes wird zurzeit realisiert. Im Münchner Objekt wurden umfangreiche Sanierungsarbeiten durchgeführt.

Treuhänderisch handelnd für den Parteivorstand wurden von der *Konzentration* Grundstücke in Euskirchen und Jerusalem erworben.

Das Haus in Jerusalem wurde aus Mitteln einer Erbschaft erworben und beheimatet das Willy-Brandt-Zentrum, eine Begegnungsstätte für israelische und palästinensische Jugendliche.

4.2 Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin

Für Bau und Verwaltung der Immobilie Willy-Brandt-Haus hat der Parteivorstand 1992 eine eigene Immobiliengesellschaft neben der Konzentration beschlossen.

Zur Finanzierung des Baus waren in den Jahren 1993 bis 1996 Hypothekendarlehen in der Gesamthöhe von knapp 49 Mio. € aufgenommen worden.

Nach der erfolgreichen Umschuldung eines erheblichen Teils der offenen Hypothekenlast haben sich die Zinsverpflichtungen für das Willy-Brandt-Haus deutlich reduziert.

Zum 31. 12. 2006 betragen die verbleibenden Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus den verbliebenen zwei lang laufenden Darlehen noch 29,6 Mio. €. (2005: 31,5 Mio. €/2004: 33,3 Mio. €). Die jetzt gültigen Zinsfestschreibungen laufen bis 2014 bzw. 2012.

Es ist beabsichtigt, bei günstiger Marktlage durch geeignete Finanzierungsinstrumente bereits vor Ablauf der laufenden Zinsbindung eine weitere Reduzierung der Zinsverpflichtungen zu realisieren.

Mieteinnahmen von Drittmietern sowie Einnahmen aus dem Kongress- und Veranstaltungsbetrieb im Willy-Brandt-Haus, sowie ein Finanzierungsbeitrag des Parteivorstands tragen zur Finanzierung des Hauses bei. In der Hauptsache wird allerdings der Gewinn aus dem Unternehmensbereich für das Haus, insbesondere für Zinsen und Tilgung der Hypotheken verwandt.

Das Willy-Brandt-Haus ist neben seiner Funktion als Parteizentrale längst eine feste Größe für Veranstaltungen und Kongresse in Berlin (www.willy-brandt-haus.de). Und auch als kulturelles Zentrum hat sich das Haus einen Namen gemacht. Nicht zuletzt dank des Engagements des Kulturforums und des Freundeskreises Willy-Brandt-Haus e.V.



Freundeskreis
Willy-Brandt-Haus:
Ausstellungseröffnung

4.3 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Das wirtschaftliche Ergebnis der Holding *Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Berlin (dd_vg)* ist unverändert erfreulich positiv. Mit dem erzielten Jahresüberschuss von 12,1 Mio. € (nach Steuern) in 2005 sind die Ergebnisse des Unternehmens nun schon seit mehreren Jahren stabil. Der Gewinn im Geschäftsjahr 2006 war mit rd. 26,8 Mio. € deutlich höher; allerdings ist dies auf einmalige Sondereffekte aufgrund der Veräußerung der Anteile an der Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH (Frankfurter Rundschau) zurückzuführen. Ferner spielten Steuerkorrekturen für Vorjahre eine Rolle. Korrigiert um diese Faktoren, läge auch das Ergebnis 2006 wieder etwa auf Vorjahresniveau.

Auch die Ausschüttungen an die SPD als Gesellschafterin der dd_vg. waren stabil: 2005 wurden 6,7 Mio. € ausgeschüttet, in 2006 waren es 7,3 Mio. €.

Durch die gute Ergebnis- und Liquiditätslage der dd_vg. konnten bestehende Bankdarlehen zurückgeführt werden, so dass die dd_vg. Ende 2006 keine Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mehr aufweist.

Das Stammkapital konnte aus Gewinnrücklagen auf 36 Mio. € erhöht werden.

Die stabile Ergebnissituation der dd_vg. ist vor allem deswegen beachtenswert, weil die Regionalzeitungsverlage, die mit ihren Erträgen im Wesentlichen zum Ergebnis der dd_vg. beitragen, auch in den Jahren 2005 und 2006 nachhaltig unter Druck standen:

- Der Anzeigenmarkt der lokalen und regionalen Tageszeitungen war in 2005 wiederum rückläufig; erst in 2006 verbesserte sich die Lage durch Zuwächse im Stellenmarkt; unverändert negativ entwickelten sich demgegenüber der Immobilienmarkt und der Kfz-Bereich – hier wirkt sich die Konkurrenz durch das Internet besonders aus.
- Der Vertriebsmarkt ist unverändert durch sinkende verkaufte Auflagen gekennzeichnet; die Vertriebslöse konnten lediglich durch Preiserhöhungen stabilisiert werden. Inzwischen beträgt der Anteil der Vertriebslöse an den Gesamterlösen (ohne Druckereierlöse) durchschnittlich knapp 50 Prozent – im Jahre 2000 waren es lediglich rund 30 Prozent. Die Verlage stehen in Zukunft vor der Aufgabe, das Interesse von jüngeren Zielgruppen an der Zeitung zu wecken, um langfristig die Auflagen auf dem bisherigen Niveau halten zu können.

Die Tatsache, dass trotz struktureller Veränderungen im Markt die Zeitungsbeiträge der dd_vg. weiterhin positive Ergebnisse verzeichnen, ist das Ergebnis von vorausschauendem, unumgänglichem Kostenmanagement. Hierbei ist leider auch der Abbau von Arbeitsplätzen unvermeidbar, da im Verlagswesen die Personalkosten den weitaus größten Kostenblock ausmachen.

Aber nicht nur der Blick auf die Kosten hat die Ertragsituation der Verlage stabilisiert, sondern auch Investitionen in die Unternehmen selbst, in die Zeitungen und neue Geschäftsfelder rund um die Verlage.

Die Sanierung der *Frankfurter Rundschau* bildete auch im Geschäftsjahr 2005 einen Schwerpunkt der Unternehmensaktivität der dd_vg.: Es konnte die Zukunft der Zeitung gesichert werden, was die notwendige Grundlage für die Kooperation mit einem neuen Gesellschafter gelegt hat. Anfang 2006 wurde für die Veräußerung der Mehrheitsanteile ein Bieterverfahren eingeleitet, das mit der Übertragung der Anteile an die Kölner *Verlagsgruppe M. DuMont Schauberg* im August 2006 erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Darüber hinaus gab es weitere Veränderungen im Beteiligungskreis der dd_vg.:

- Die Fusion der Verlage der *Cuxhavener Nachrichten* und der *Niederelbe Zeitung* in Otterndorf wurde in 2005 wirksam und hat sich bereits nach kurzer Zeit wirtschaftlich positiv ausgewirkt.
- Die dd_vg. hat 2005 die restliche Beteiligung von 12,5 Prozent an der *Presse-Druck GmbH* in Bielefeld übernommen und hält nunmehr 100 Prozent der Anteile.
- Der *Süddeutsche Verlag* hat weitere 30 Prozent der Anteile am *Frankenpost Verlag* in Hof zurück erworben, so dass die dd_vg. seit Anfang 2005 noch 35 Prozent hält.
- In Dresden hat sich die dd_vg. in 2005 von ihrer Beteiligung an der Tiefdrucksparte getrennt, die aus der dortigen Druckerei ausgegliedert und Teil des Druckkonzerns PRINOVIS wurde; an Verlag und Zeitungsdruckerei in Dresden besteht die 40-prozentige Beteiligung der dd_vg. unverändert fort.
- Durch Ausscheiden eines Gesellschafters aus dem Gesellschafterkreis der *Verlagsgesellschaft Mad-sack GmbH & Co. KG* wurden die Beteiligungsquoten angepasst: Die dd_vg. ist nun mit 23,1 % beteiligt (vorher: 20,4%).

Das Geschäftsjahr 2005 bescherte der Branche auch ein Novum in der Geschichte der deutschen Zeitungslandschaft:

Beim Verkauf der *Berliner Zeitung* kam eine Investorengruppe um den Briten David Montgomery und Veronis Suhler Stevenson zum Zuge. Damit ist es zum ersten Mal einem Private Equity Fonds gelungen, einen Fuß in die Tür der Zeitungsbranche zu setzen. Diese ist für Investoren ohne Frage attraktiv – gerade weil die Rahmenbedingungen alles andere als rosig sind: Die schwieriger gewordene wirtschaftliche Lage vieler Zeitungsverlage, die Herausforderungen des digitalen Zeitalters, rückläufige Anzeigenerlöse und sinkende Reichweiten sowie die ungesicherte Zukunft in mancher Verlegerfamilie signalisieren einen Konsolidierungsbedarf in der Branche, der für Investoren sowie für ihre Berater und Investmentbanker große Chancen bereithält:

Bei deren Geschäftsmodell werden kurzfristig zahlreiche Gebühren, Provisionen und Kredite bewegt – und dies ganz wesentlich zu Lasten übernommener Unternehmen. Dabei sind die Renditeerwartungen der Investoren üblicherweise auf fünf bis sieben Jahre ausgelegt – kurzfristige Restrukturierungseffekte und Weiterveräußerungsgewinne spielen in diesem Modell eine größere Rolle als die Frage nach der Zukunft des Unternehmens in 20 Jahren.

Die Geschäftsphilosophie der dd_vg. unterscheidet sich davon deutlich: Als Unternehmen mit einer über 140-jährigen Geschichte im Medienbereich, ist das Engagement langfristig und nachhaltig angelegt. Außerdem beschränkt sich die dd_vg. in der Regel auf Minderheitsbeteiligungen und ist somit auf Kontinuität und verlegerische Kompetenz der jeweiligen Mehrheitsgesellschafter angewiesen. Schließlich geht es der dd_vg. auch um das Ziel, die Vielfalt der deutschen Zeitungslandschaft langfristig sichern zu helfen. Das alles geht über die Sichtweise reiner Finanzinvestoren deutlich hinaus.

Die weiteren Medienbeteiligungen der dd_vg. konnten ihre Position festigen. Das gilt für die Öko-Test-Gruppe, aber auch für die Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft (u. a. vorwärts, Demo), die ihre Produkte weiterentwickelt und damit eine positive Resonanz gefunden hat.

Die Situation der Buchverlage ist zurzeit von der immer noch andauernden Aufbauphase geprägt. Dieses Engagement in einem eher stagnierenden Markt setzt hohe Anfangsinvestitionen voraus, insbesondere den Aufwand für die Entwicklung der Programmlinien, Vorlaufkosten für Lizenzen usw.

Auch die anderen Sparten der dd_vg. haben sich positiv entwickelt:

Bei den zur Unternehmensgruppe gehörenden *Akzidenzdruckereien* hat sich der in der Vergangenheit eingeschlagene Weg bewährt, die Erträge durch Fusionen mit anderen Druckereien nachhaltig zu verbessern. Diese Strategie wird auch in Zukunft weiter verfolgt werden, um dem Strukturwandel in dieser Branche erfolgreich zu begegnen.

Die Produktpalette des *SPD-Reiseservice* wurde kontinuierlich ausgebaut: Neben den klassischen Reiseangeboten für Individualreisende werden nun auch verstärkt Studien- und Familienreisen angeboten. In 2006 haben nahezu 6.000 Personen das vielfältige Urlaubsangebot genutzt. Das *Reisebüro im Willy-Brandt-Haus* wurde in 2006 mit der *SPD-Reiseservice GmbH* verschmolzen.

Der Bereich Handel und Service, in dem der Papierhandel (HPPV), Werbemittelverkauf und Merchandising (IMAGE), Buchhandel (vorwärts-Buchhandlung) sowie EDV- und Verwaltungsservice (Office Consult) zusammengefasst werden, leistet unverändert einen stabilen Beitrag zum Unternehmensergebnis der dd_vg.

Aus steuerlichen Gründen wurden weitere 4,58% der dd_vg.-Geschäftsanteile auf die Solidarität Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Bonn übertragen, die bislang mit 0,75% beteiligt war. Unverändert hält die Solidarität alle Anteile treuhänderisch für den Parteivorstand der SPD, so dass sich letztlich nichts an der Stellung des Eigentümers SPD geändert hat.

Im letzten Finanzbericht konnten wir mitteilen, dass die Schwierigkeiten aller Parteien und der Bundestagsverwaltung, die sich durch die Auslegung des veränderten Parteiengesetzes durch das Institut der Wirtschaftsprüfer ergeben hatten, durch das Neunte Änderungsgesetz zum Parteiengesetz weitestgehend behoben werden konnten.

Zu den bereits damals erkennbaren weiteren notwendigen Vereinfachungen und Klarstellungen im Prüfungsverfahren beim Bundestagspräsidenten ist es hingegen bisher nicht gekommen. Die Änderung bleibt aber dringend erforderlich:

Der Parteivorstand hat insbesondere in Rechtsstreitigkeiten vor den Verwaltungsgerichten erfahren müssen, dass der Wille des Gesetzgebers von 2002 nur durch eine Änderung des Gesetzestextes erreicht werden kann.

Dabei geht es vor allem um folgende Punkte:

- a) Es muss klargestellt werden, dass die Selbstanzeige der Annahme verbotswidriger Spenden durch eine Partei sanktionsbefreiende Wirkung hat.

Bislang stellt sich die Bundestagsverwaltung – unterstützt von der Verwaltungsgerichtsbarkeit – auf den Standpunkt, dass eine Partei, die z. B. eine Spende eines gemeinnützigen Schützenvereins in Höhe von 50,- € annimmt, auch dann das dreifache des Betrags an den Bundestagspräsidenten abführen muss, wenn sie selber diesen Rechtsverstöß entdeckt und anzeigt. Dabei ist das Zeitfenster, das einem ehrenamtlichen Kassierer für die Ermittlung, ob eine Spende angenommen werden darf, bleibt, so eng bemessen, dass es in ehrenamtlicher Arbeit nicht ausreicht.

- b) Bereits 2002 war es das Ziel der Reform, Parteien – so wie jeden Bürger – so zu stellen, dass nach zehn Jahren nicht nur die Aufbewahrungsfristen für Rechnungsunterlagen enden, sondern auch keine Sanktionen für Sachverhalte mehr drohen (für die sich die Partei mangels Unterlagen dann nicht mehr exculpieren kann). Auch dieses bedarf angesichts der Urteile der Verwaltungsgerichte einer Klarstellung.
- c) Andere Bestimmungen haben sich als wenig praktikabel erwiesen. Dies gilt für die Verpflichtung, alte Rechenschaftsberichte bei nachträglicher Entdeckung von Fehlern neu abzugeben und zu veröffentlichen, anstatt die Berichtigungen, wie auch bei der vergleichbaren handelsrechtlichen Rechnungslegung üblich, in den nächsten abzugebenden Rechenschaftsbericht aufzunehmen. Die derzeitige Rechtslage birgt große Unsicherheiten bezüglich etwa neu abzugebender Rechenschaftsberichte und belastet die Parteien mit hohen Mehrkosten für die zusätzlichen Testate der Wirtschaftsprüfer.
- d) Für größere Transparenz würde auch sorgen, wenn im Parteiengesetz eine Bagatellklausel für die Meldung kleiner Fehler eingeführt und zugleich eine ad-hoc-Veröffentlichungspflicht für große Fehler der Rechenschaftsberichte eingeführt würde. Die immer wieder kehrenden kleinen Fehler örtlicher Gliederungen (aufgefundenes Sparbuch mit einem Bestand einiger hundert €) liegen im Hinblick auf die Bilanzsumme unserer Rechenschaftsberichte noch nicht einmal im Promillebereich, belasten aber die Mitarbeiter und die Bundestagsverwaltung unangemessen hoch.

Jahr	Indexänderung in Prozent	Tatsächliche Obergrenze in €	Nach BVerfG mögliche Obergrenze bei Bezugspunkt 1. 1. 1993 in €
1991		117.597.132,68	117.597.132,68
1992		117.597.132,68	117.597.132,68
1993	6,6	117.597.132,68	125.358.543,43
1994	3,3	117.597.132,68	129.495.375,36
1995	0,0	117.597.132,68	129.495.375,36
1996	2,7	117.597.132,68	132.991.750,50
1997	0,2	117.597.132,68	133.257.734,00
1998	2,0	125.266.510,89	135.922.888,68
1999	0,1	125.266.510,89	136.058.811,57
2000	1,9	125.266.510,89	138.643.928,99
2001	2,8	125.266.510,89	142.525.959,00
2002	1,0	133.000.000,00	143.951.218,59
2003	1,4	133.000.000,00	145.966.535,65
2004	1,9	133.000.000,00	148.739.899,83
2005	1,5	133.000.000,00	150.970.998,33
2006	1,3	133.000.000,00	152.933.621,30

e) Seit mehr als fünf Jahren hat der Bundestag seine Aufgabe, die absolute Obergrenze der Parteienfinanzierung jährlich zu überprüfen, nicht wahrgenommen. Auch in den früheren Jahren war eine Anpassung nur einmal erfolgt. Seit 1993 haben die Parteien einen realen Verlust an staatlichen Mitteln in beträchtlicher Höhe hingenommen. Das zeigt die oben stehende Tabelle.

Die Parteien waren gezwungen, mit drastischen Sparmaßnahmen hierauf zu reagieren. Dies wird vor allem deutlich, wenn man die Personalausgaben der Parteien vergleicht, die anders als die übrigen Ausgabepositionen weniger durch Wahlkämpfe verzerrt werden. Die Ausgaben für Personal sind seit 1992 lediglich um ca. 9 % gestiegen – der Tarifindex der Angestellten von

Gebietskörperschaften weist allein für die Jahre von 2000 bis Januar 2007, eine Steigerung um 11,3 % aus (Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 27. April 2007).

Die gestiegenen Kosten werden durch die Parteien zum Teil zunehmend durch die Aufnahmen von Darlehen ausgeglichen. Deren Gesamtsumme hat sich nach Änderung der Parteienfinanzierung seit 1992 vervierfacht.

Deshalb ist eine Anpassung der absoluten Obergrenze erforderlich, damit die Parteien die Ihnen nach Art. 21 Grundgesetz obliegenden Aufgaben wahrnehmen können.



Die Jahreseinnahmen der Gesamtpartei lagen 2005 bei etwa 169 Mio. € (2004: 170 Mio. €). CDU/CSU erzielten 2005 mit ca. 200 Mio. € (2004 ca. 191 Mio. €) deutlich mehr Einnahmen.

Die Union konnte damit ihren Einnahmenvorsprung vor der SPD weiter ausbauen.

Bemerkenswert ist, dass die CDU, die im Zentrum des Kohl/Kantherschen Finanzskandals gestanden hat, mit 35 Mio. € Spenden mehr als 22 % ihrer Einnahmen bestreitet, während es bei der SPD knapp 8,5 % sind. Besonders sticht ins Auge, dass die CDU von juristischen Personen, also meist Wirtschaftsunternehmen, mit 15 Mio. € knapp 9,5 % ihrer Einnahmen erzielt – bei der SPD sind es noch nicht einmal 2 %.

Während bei der SPD die Mitgliedsbeiträge mit 29 % der größte Einnahmeposten bleiben, stellen bei der CDU mit 28,4 % und bei der CSU mit 25,4 % die staatlichen Mittel die größte Einnahmenposition dar. Hier wird deutlich, dass die Unionsparteien ihre Einnahmen aus staatlichen Mitteln deutlich steigern konnten, während die SPD spürbare Rückgänge zu verkraften hatte.

Rechnet man Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge zusammen, so finanziert sich die SPD zu rund 42 % aus Beiträgen, die CDU zu 38 % und die CSU zu knapp 31 %. Hier gab es noch vor wenigen Jahren einen wesentlich deutlicheren Einnahmenvorsprung der SPD: Im Jahr 2000 erzielte die SPD noch rund 77,5 Mio. € aus Beiträgen (Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge), die CDU und CSU gemeinsam rund 66 Mio. €.

Heute erzielten die Unionsparteien rund 74 Mio. € aus dem Beitragssektor, die SPD lediglich 71 Mio. €.

Es bleibt damit dringende Aufgabe der SPD, ihre Beitragsbasis zu stabilisieren und über neue Einnahmequellen die Arbeit der Partei zu finanzieren.

Die Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen konnten mit ca. 7 Mio. € den Vorsprung der Union, der sich allein aus den Spendeneinnahmen der juristischen Personen ergab, nicht ausgleichen.

Die Sachausgaben für die politische Arbeit und die Wahlkämpfe machten 2005 rund die Hälfte der Gesamtausgaben der Partei aus, ähnlich verhielt es sich bei der Union. Dennoch gelang es der CDU, im Wahljahr 2005 einen Einnahmeüberschuss von 9 Mio. € zu erzielen, die CSU schloss annähernd ausgeglichen ab.

Die SPD hingegen verzeichnete wahlkampfbedingt ein Defizit von knapp 5,4 Mio. €.

Dennoch weist die SPD nach wie vor mit rund 128,5 Mio. € ein deutlich höheres Reinvermögen aus als die Unionsparteien (CDU: 77,35 Mio. €, CSU: 25,9 Mio. €).

Das Vermögen der Partei ist allerdings derart auf die Gliederungsebenen aufgeteilt, dass insbesondere die Landesverbände und Bezirke nur einen relativ geringen Anteil daran halten:

Knapp 47 % des Reinvermögens der Partei und knapp 83 % des Geldvermögens werden von den Gliederungen unterhalb der Bezirksebene gehalten. Von den Schuldposten entfallen jedoch lediglich 1,5 % auf diese Ebene.



Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich

Bei den Landesverbänden und Bezirken hingegen stehen rund 26,5 Mio. € Gesamtbesitzposten knapp 20 Mio. € Schuldposten gegenüber. Das Reinvermögen der Landesverbände und Bezirke ist seit dem Jahr 2000 von rund 22,5 Mio. € auf nunmehr 6,6 Mio. € gesunken¹. Dies ist insbesondere auf die gesunkenen Beitragseinnahmen zurückzuführen: Konnten die Landesverbände und Bezirke im Jahr 2000 noch rund 33,4 Mio. € aus Beiträgen (Mitglieder- und Mandatsträgerbeiträge) vereinnahmen, so waren es 2005 lediglich 31,68 Mio. €. Im gleichen Zeitraum sind die Personalausgaben unverändert geblieben (2005 = 33,78 Mio. €; 2000: 33,23 Mio. €).

Auch diese Entwicklung fordert höchste Aufmerksamkeit. Gerade die Landesverbände und Bezirke, die rund 67 % der Personalausgaben der Partei tragen, haben in den vergangenen Jahren in unterschiedlicher Ausprägung erhebliche Restrukturierungsschritte ergriffen. In einigen Landesverbänden hat es darüber hinaus bereits solidarische Finanzumschichtungen von den nachgeordneten Gliederungsebenen auf die Landesebene gegeben. Diese Debatten werden fortgesetzt werden müssen, damit eine auf allen Ebenen handlungsfähige Partei erhalten bleibt.

¹ Mit rund 6 Mio. € hat allerdings zu dieser Entwicklung eine im Jahr 2002 vorzunehmende Wertberichtigung von Finanzanlagen in einem Bezirk beigetragen.



Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich

Rechenschaftsbericht der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2005

	SPD		CDU		CSU		CDU/CSU		Grüne		FDP		Die Linke	
	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%	€	%
Einnahmen														
Mitgliedsbeiträge	49.216.124	29,11	43.199.735	27,14	9.914.215	23,88	53.113.950	26,46	5.476.136	20,58	6.156.905	18,97	9.256.956	41,17
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	21.938.863	12,98	17.699.604	11,12	3.252.233	7,84	20.951.837	10,44	5.430.832	20,41	1.931.322	5,95	1.615.056	7,18
Spenden von nat. Pers.	10.882.743	6,44	20.576.569	12,92	5.098.087	12,28	25.674.656	12,79	3.481.415	13,09	7.832.393	24,13	2.195.497	9,76
Spenden von jur. Pers.	3.282.052	1,94	15.008.492	9,43	4.254.502	10,25	19.262.994	9,60	948.365	3,56	3.919.981	12,08	35.404	0,16
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	7.023.034	4,15	18.981	0,01	0	0,00	18.981	0,01	329	0,00	72.917	0,23	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	14.329.011	8,47	3.719.187	2,34	557.490	1,34	4.276.677	2,13	277.622	1,04	703.693	2,17	258.560	1,15
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	15.022.652	8,88	11.803.594	7,41	7.746.466	18,66	19.550.060	9,74	695.694	2,62	1.957.775	6,03	173.076	0,77
Staatliche Mittel	43.774.250	25,89	45.235.439	28,41	10.550.126	25,42	55.785.565	27,79	9.552.642	35,90	9.584.877	29,53	8.516.779	37,87
Sonstige Einnahmen	3.615.159	2,14	1.946.568	1,22	135.661	0,33	2.082.229	1,04	745.376	2,80	296.354	0,91	435.598	1,94
Gesamt	169.083.888	100,00	159.208.169	100,00	41.508.780	100,00	200.716.949	100,00	26.608.411	100,00	32.456.217	100,00	22.486.926	100,00
Ausgaben														
Personalausgaben	49.846.179	28,57	41.804.772	27,84	9.632.979	22,90	51.337.751	26,76	8.226.902	28,95	4.038.625	12,31	7.502.459	32,00
Lauf. Geschäftsbetrieb	30.993.146	17,77	28.632.855	19,07	7.700.943	18,50	36.333.798	18,94	4.746.487	16,70	9.029.798	27,53	4.520.972	19,29
Allg. politische Arbeit	31.596.209	18,11	28.282.220	18,83	13.139.436	31,55	41.421.656	21,60	5.455.246	19,19	7.136.233	21,76	4.565.007	19,47
Wahlkämpfe	52.120.087	29,87	45.760.985	30,47	8.411.875	20,20	54.172.860	28,24	9.361.813	32,94	10.928.529	33,32	6.766.717	28,87
Vermögensverwaltung einschl. sich hieraus ergebender Zinsen	8.812.777	5,05	2.807.408	1,87	28	0,00	2.807.436	1,46	423.098	1,49	284.113	0,87	15.141	0,06
sonstige Zinsen	729.354	0,42	1.194.132	0,79	337.867	0,81	1.531.999	0,80	13.767	0,05	1.376.079	4,20	2.310	0,01
sonstige Ausgaben	373.134	0,21	1.698.814	1,13	2.514.062	6,04	4.212.876	2,20	192.463	0,68	5.486	0,01	69.975	0,30
Gesamt	174.470.886	100,00	150.181.186	100,00	41.637.190	100,00	191.818.376	100,00	28.419.776	100,00	32.798.863	100,00	23.442.581	100,00
Überschuss/Defizit	- 5.386.998		9.026.983		- 128.410		8.898.573		- 1.811.365		- 342.646		- 955.655	
Reinvermögen	128.469.300		77.356.160		25.972.457		103.328.617		18.549.576		- 2.458.042		17.624.771	

Historische Gedenkstätten

Der Parteivorstand hat sich, ausgelöst durch die Sanierung von restituerten Häusern in den neuen Bundesländern, systematisch der Geschichtspolitik angenommen.

Insgesamt wurde seit 1995 in 22 Parteihäusern, in den neuen, aber auch in den alten Bundesländern mit historischen Ausstellungen, Gedenktafeln und Namensgebungen an die Geschichte der SPD erinnert. Diese Aufgabe wurde von der *Konzentration GmbH*, der Trägerin der Sanierungen, mitbetreut.

Gedenkstätte der Sozialisten

Für die Sanierung und die Neukonzeption der *Gedenkstätte der Sozialisten* in Berlin-Friedrichsfelde wurde der Anstoß gegeben. Dort befinden sich auch Grabmale bedeutender Sozialdemokraten. Diese Arbeit ist inzwischen abgeschlossen.

Gedenktafeln

Für weitere Gedenktafeln bedeutender Sozialdemokraten wurde ein Konzept erarbeitet, mit dem ein geordnetes Verfahren bei Vorschlägen an den Parteivorstand gefunden werden konnte. Dazu werden Vorschläge beim Vorstandsekretariat gesammelt und dann nach Begutachtung durch die *Historische Kommission* durch die *Konzentration GmbH* umgesetzt.

Zum Gedenkjahr 2003 – 140 Jahre SPD – wurde eine Bestandsaufnahme der Grabstätten führender Sozialdemokraten zusammen getragen, die seitdem in Absprache mit den Nachfahren eine geordnete Grabpflege ermöglicht.

Historische Gründungsstätten

Das Gothaer *Tivoli* und der *Goldene Löwe* in Eisenach beschäftigen den SPD-Parteivorstand seit der Wende. Beiden Gedenkstätten, die von der SED eingerichtet und gepflegt wurden, ist immer wieder finanziell und sachlich vom SPD-Parteivorstand sowie von der Friedrich-Ebert-Stiftung geholfen worden.

Die Häuser sind nicht Eigentum der SPD. Beide Gedenkstätten werden von gemeinnützigen Trägervereinen unterhalten. Die Schatzmeisterei hat die Gedenkstätten genauer untersucht, um zu klären, wie die Gedenkstätten langfristig erhalten werden können.

In Gotha ist die Gedenkstätte saniert und die ständige Ausstellung ist öffentlich zugänglich. Da sie in Inhalt und Präsentation unzureichend ist, wurde die Friedrich-Ebert-Stiftung gebeten, eine neue Ausstellung in Zusammenarbeit mit dem Trägerverein zu entwickeln. Eine Zusage der Friedrich-Ebert-Stiftung ist bereits erteilt worden, aus arbeitstechnischen Gründen wird die Ausstellung erst 2008 überarbeitet werden können. Um den Verein in eine bessere Einnahmesituation durch Vermietung der Räume zu versetzen, musste der Verein seine Satzung überarbeiten. Dies ist mittlerweile geschehen.

Von Seiten des Parteivorstandes wurde eine Unterstützung bei der Ausstattung des Hauses zugesagt.

Wenn dies im Jahr 2008 realisiert ist, dürfte der *Tivoli* in Gotha eine attraktive Gedenkstätte für die deutsche Sozialdemokratie und die Geschichte der politischen Parteien sein.

In ähnlicher Weise sind wir in Eisenach vorgegangen. Auch für Eisenach gibt es eine Zusage der Friedrich-Ebert-Stiftung, die dortige Ausstellung 2008 zu überarbeiten. Das Eisenacher Haus ist im Wesentlichen saniert und erwirtschaftet dadurch Erträge. Leider muss dort noch ein bauliches Problem beseitigt werden, das beim Abschluss des Pachtvertrages durch den Trägerverein nicht gelöst war. Die Eigentümerin, die Stadt Eisenach, sieht sich dazu nicht in der Lage. Inzwischen bemüht sich der Parteivorstand um die finanzielle Unterstützung des Landes Thüringen für diese Gedenkstätte von nationaler Bedeutung.

Es gibt auch hier die Bemühung, die materielle Situation des Trägervereins zu erleichtern. Wenn durch einen Zuschuss des Landes Thüringen der *Goldene Löwe* fertig saniert werden könnte, entstünde durch die überarbeitete Ausstellung der Friedrich-Ebert-Stiftung eine attraktive Gedenkstätte in Eisenach.



343 1SSA0ES
24E 34E
05A 51E AS1
8E8 8E8
51E 315
82A 345 A22
42 815 513
18E 35E 222
18E 281 418
33 53
33 22A 2